

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, 28. März 1892.

Annahme von Inseraten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes. Greif-
wald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg
Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens,
Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Ein neues Dynamit-Attentat.

In Paris haben am gestrigen Sonntag die Anarchisten wieder ein neues Zeichen ihrer barbarischen Nachsicht und Herabwürdigung gegeben, indem sie in das Haus des Generalprokurators Bulloz eine Dynamitbombe warfen und dadurch entsetzliche Verheerung anrichteten. Die uns darüber zugehenden Depeschen lauten:

Paris, 27. März. Heute Vormittag hat in dem Hause Rue Cligny 39 eine Dynamit-Explosion stattgefunden. Das Haus wird von dem Generalprokurator Bulloz bewohnt, welcher die Verurteilung gegen die Anarchisten von Vallons leitet, und ist in Folge der Explosion von oben bis unten auseinander geborsten. Die Treppen sind zertrümmert, die Fenster gesprengt. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht genau bekannt. Von amtlicher Seite wird dieselbe auf vier angegeben. Getödtet soll Niemand sein.

Paris, 27. März, Nachmittags. Das Haus Rue Cligny 39, in welchem heute Vormittag die Dynamitexplosion stattgefunden hat, ist bis auf die vier Mauern zerstört worden. Die Fenstergehäusen und Läden der benachbarten Häuser sind gesprengt. Der Urheber des Attentats soll entflohen sein. Ein junger Mann, der im Augenblicke der Explosion an dem Hause vorübergegangen ist, will einen Menschen gesehen haben, der eilig das Haus verließ und dabei äußerte, es sei unmöglich die Feuerwehre zu holen, es handle sich nur um einen Scherz. Die Explosion hat in der Stadt außerordentliche Erregung hervorgerufen. Die Gerichtsbehörden sind am Thore in Thätigkeit.

Paris, 27. März, Nachmittags 6 Uhr 15 Min. Nach neueren Feststellungen beträgt die Zahl der bei der Explosion in der Rue Cligny verletzten Personen insgesamt sechs, darunter eine Frau, die schwere Verletzungen davongetragen hat. Getödtet wurde Niemand. Die Dynamitbombe war aller Wahrscheinlichkeit nach im zweiten Stockwerk des Hauses niedergelegt. Die Treppe ist bis zum 5. Stockwerk zertrümmert. Das eiserne Gitter an der Rampe des Hauses ist verbogen, der Treppentritt eingestürzt und zerstört. In allen inneren Räumen sind die Türen und Fenster aus den Angeln gerissen, die Verkleidung der Wände ist zertrümmert, die Möbelleinrichtung zerstört. Der Vorhof des Hauses ist klär, daß es nichts Verdrängtes bemerkt habe. Die Untersuchung dauert fort.

Paris, 27. März, 7 Uhr 30 Min. Abends. Die Verheerungen, welche die heutige Explosion angerichtet hat, ist die bei weitem größere als die der vorhergehenden Explosionen. Die Polizei hält an der Rue Cligny fest, daß es sich um einen Nachschuß der Anarchisten gegen den Generalprokurator Bulloz handle. Die Minister Rouvet und Ricard haben sich nach dem Thore begeben.

Deutschland.

Berlin, 28. März. Zum Empfange des gestern Nachmittag aus der Schorshalde nach Berlin zurückkehrenden Kaisers hatten sich gestern die Kaiserin mit der Gräfin Keller, der Flügeladjutant General von Wittich, der neue Kultusminister Dr. Boffe und der Hofmarschall Graf Bülow nach dem mit Flaggen geschmückten Stettiner Bahnhof begeben. Auch zahlreiche Publikum hatte sich auf der Kunde hin, daß der Monarch dort eintreffen werde, nach dem Bahnhof begeben; der Herron wurde für dasselbe aber abgelehnt und die Polizei hielt die vor dem Bahnhofgebäude angelammelte Menschenmenge in Schranken. Zur festgesetzten Zeit fuhr der aus drei Salons und einem Gepäckwagen bestehende Sonderzug in den Bahnhof ein. Der Kaiser, der sehr wohl und frisch ansah und noch keine Jagdmantel trug, sprang, als der Train hielt, leicht aus dem Wagen und eilte auf seine Gemahlin zu, die ihn herzlich begrüßte und wiederholt auf beide Wangen küßte. Der Kaiser und die Kaiserin zogen den sie begleitenden neuen Kultusminister in ein längeres Gespräch, in dessen Verlauf Herr Dr. Boffe seiner Majestät mehrmals die Hand küßte. Sodann bestieg das Kaiserpaar eine mit Schimmeln bespannte Hofsquipage und fuhr unter brandenden Huldrufen des Publikums vom Bahnhof über die Invaliden-, Chausseestraße und Friedrichstraße nach Unter den Eichen und dem königlichen Schloß. Dieser Weg war mit dichtem Menschenreihen besetzt, welche den heimkehrenden Monarchen freudig begrüßten, der mit verbindlichem Nicken und lebhaftem Handwinken diese Grüße dankend erwiderte. Der Begrüßungsjubel steigerte sich am Olympos dermaßen, daß die dort angestellte Wache die allerdings nur schwache Polizeikette beim Hervorrollen des kaiserlichen Gefährtes durchbrach und dasselbe umdrängte, worauf der Kaiser dem Kutscher die Anweisung gab, langsamer zu fahren. Der Kaiser schien hoch erfreut über diese ihm dargebrachte Pöbelhuldigung. Bei seiner Einfahrt in das Schloß durch Portal V stieg auf der Treppe die Kaiserin barocke Empor als sichtbares Zeichen, daß der Kaiser wieder in seiner Reichshauptstadt weile. Die Herren aus der Begleitung des Monarchen berichteten, daß der Aufenthalt in der guten Luft der Schorshalde dem Kaiser vortrefflich bekommen sei, und daß derselbe sich nunmehr des besten Wohlbefindens erfreue.

Die Konservativen, Reichspartei und Nationalliberalen, unterstützt von sämtlichen Polen, beantragten zur dritten Lesung 2 Millionen Mark für die in zweiter Lesung gestrichene Kreuzerförmige K. zu bewilligen. Das Zentrum beschloß die Forderung abzulehnen.

Dem gestrigen Diner bei dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Szegedy und Gemahlin wohnten, wie angekündigt, der Kaiser und die Kaiserin bei.

In der Tafelmitte vor dem Kaiserpaar stand auf erhöhter Spiegelplatte ein großer silberner Blumenarrang. Rechts von dem Kaiser saßen die Erbprinzeßin von Sachsen-Meiningen, der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, die Herzogin von Sagan, und links von dem Kaiser die Gräfin Szegedy, der Fürst zu Stolberg-Berningerode und die Fürstin von Hagfeldt. Gegenüber dem Kaiser saß die Kaiserin; derselben zur Rechten Botschafter Graf Szegedy, die Fürstin zu Stolberg-Berningerode und Fürst von Hagfeldt, links von der Kaiserin hatten der Erbprinz von Sachsen-Meiningen, die Gräfin von Brodorski und der Herzog von Sagan ihre Plätze. Gegen 9 Uhr wurde die Tafel aufgehoben und die Herrschaften begaben sich in den

großen Oberflächsaal und in die sich daran anschließenden vorderen Prachträume, wohin die Zigeunertafel befohlen war, um ihre besten „Nummern“ aufzuspielen. In bester Laune verließen der Kaiser und die Kaiserin, bis zum unteren Treppenhause von dem Botschafter und den Mitgliedern der Botschaft geleitet, gegen Abends 10 Uhr das Botschaftshotel, während daselbst ein großer Teil der übrigen Gäste auch noch die erste Abendstunde verbrachte.

Die „Germania“ schreibt über die Minister Miquel und Graf Eulenburg folgendes: „Unserer Erwähnung wird Graf Eulenburg in nicht zu ferner Zeit auch Reichskanzler sein, oder falls er mit dem Grafen Caprivi als ein Herz und eine Seele zusammenarbeiten im Stande ist und dadurch die Trennung von Reichsfinanzminister und Ministerpräsident sich als halbar erweisen sollte, dann wird Graf Eulenburg ein der wichtigsten Ressorts im preussischen Staatsministerium übernehmen. Die beiden Ministerien des Innern und der Finanzen liegen dafür nach ihrer Bedeutung, ihrer jetzigen Bedeutung und nach der bisherigen Tätigkeit des Grafen Eulenburg am nächsten. Minister des Innern war er ja selbst schon einmal, das Ministerium der Finanzen aber giebt den bestimmten Einfluß auf alle Ressorts, die Arbeiter desselben liegen in einem hohen Verwaltungsbeamten nicht fern, die nächste gesetzgeberische Arbeit des Finanzministeriums, die Kommunalsteuerreform, wird Graf Eulenburg allseitig zu erfassen im Stande sein, als Herr Miquel, der in den letzten Monaten bewiesen hat, daß er doch immer vor allem der Bourgeoisie nahesteht, in deren Interesse er selbst eine Demütigung des Gesamtministeriums nicht scheut, wodurch er natürlich das Vertrauen der Mehrheitsparteien aufs Spiel setzt.“

Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ vernimmt, hat kürzlich ein größeres Revirement unter den Legationssekretären stattgefunden. Der vormalige Posten des ersten Sekretärs bei der Botschaft in Konstantinopel ist dem bisherigen zweiten Sekretär bei der Botschaft in Rom, v. Müller, übertragen und an dessen Stelle der bisherige zweite Sekretär in Wien, v. Below-Schlatau, nach Rom versetzt worden. An Stelle des Herrn v. Below in Wien tritt Prinz v. Rychowsky, bisheriger Legationssekretär in Bukarest, und ist zum Nachfolger des letzteren der bisherige Legationssekretär in Washington, Dr. jur. Mumm von Schwarzenstein, ernannt. Die Sekretärstelle in Washington hat der bisher im auswärtigen Amt beschäftigte frühere Legationssekretär in Peking, Freiherr von Kettler, erhalten. Endlich ist die erledigte Stelle des Legationssekretärs in Stuttgart dem bisherigen Attaché, Freiherrn von Romberg, übertragen.

Der Schluß der Landtagssession hängt naturgemäß davon ab, wie bald der Rest der noch nicht eingebrachten Vorlagen, vor allem das Sekundärbahngesetz, eingeht, und wie rasch diese und die bereits zur Verathung stehenden Vorlagen erledigt werden können. Unter den ersteren sind das Sekundärbahngesetz und die Landgemeindevorbereitung für Schleswig-Holstein als solche zu erwähnen, welche, und wahrscheinlich in beiden Häusern des Landtags, kommissarischer Verathung unterzogen werden dürften. Von den in erster Lesung verathenen Gesetzentwürfen enthalten sowohl das Tertiärbahngesetz wie die Novelle zum Vergesetze eine größere Reihe von Einzelbestimmungen, deren Durchverathung sowohl in der Kommission wie im Plenum einen nicht unerheblichen Aufwand an Zeit beanspruchen wird.

Dagegen hofft man über die Frage der Aufhebung des Waisenfonds glatt hinwegzukommen, weil die Verhandlungen mit dem Herzog von Cumberland so rasch fortschreiten, daß Aussicht vorhanden ist, die Aufhebung der Waisenanstalt alsbald mittels Gesetz auszusprechen und so die diesbezüglichen Streitfragen umgehen zu können. Nicht gleich glatt scheint sich die viel umstrittene Frage der Abfindung der Steuerfreiheit der vormals reichsunmittelbaren Familien abwickeln zu sollen, weil hier eine Reihe von rechtlichen und finanziellen Einwendungen zu gewärtigen sind, welche die Verhandlungen unter Umständen länger hinausziehen können, wenn man sich nicht etwa entschließt, im Interesse endlicher Erledigung dieser Angelegenheit kurz darüber hinwegzugehen. Im Ganzen ist das Interesse der parlamentarischen Kreise zur Zeit noch von der Katastrophe des Volksschulgesetzentwurfs und den daran sich knüpfenden Folgeerscheinungen aufzufassen in Anspruch genommen, als daß Neigung zu ausgehenden Verhandlungen obwalte. Nach der Osterpause könnte darin aber eine Aenderung eingetreten sein. Die Renner des Landtages rechnen jetzt auf den Sessionschluß zwischen Mitte und Ende Mai.

In mehreren Blättern wird behauptet, daß die Ernennung eines Präsidenten des Staatsministeriums ohne Vorlesung in so fern ohne Einfluß auf den Etat sei, als dieser das Gehalt für den Ministerpräsidenten auswerfe. Das ist nicht richtig. Im Etat heißt es vielmehr ausdrücklich: „Der Präsident des Staatsministeriums ohne Gehalt.“ Dagegen sind für die Vizepräsidenten des Staatsministeriums 36,000 M. an Gehalt und 9000 M. an Dienstverpflichtung ausgeworfen. Diese Beträge gelangen indessen, da Herr v. Bötticher als Staatssekretär des Reichskanzlers des Innern Gehalt in gleicher Höhe bezieht und freie Dienstwohnung hat, nicht zur Auszahlung und werden als erparter verzeichnet. Die Position ist im Etat enthalten aus der Zeit her, wo der jetzige Fürst von Stolberg-Berningerode Vizepräsident des Staatsministeriums ohne Vorlesung war. Unter seinem Nachfolger v. Puttkamer schon wurden, da dieser als Minister des Innern Gehalt bezog, die Beträge nicht mehr verausgabt. Da die für den Vizepräsidenten bestimmte Ausgabe nicht ohne Weiteres auf den Präsidenten übertragen werden kann, so wird durch einen Nachtrag zum Etat eine Aenderung geschaffen werden. Ministerpräsidenten ohne Vorlesung haben wir zuletzt von 1858 bis 1862 gehabt. Der Fürst von Hohenzollern und sein nur kurze Zeit im Dienste gewesener Nachfolger Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen verwalteten keinen Ressort. Dem Ersteren stand in Herrn v. Auerwald auch ein Vizepräsident ohne Vorlesung zur Seite. Später hat das Staatsministerium nur noch einmal, 1878—81, in dem oben schon genannten Grafen Otto zu Stolberg-Berningerode einen Vizepräsidenten gehabt, der kein Ressort verwaltete.

Die Einsetzung einer Kommission für Arbeiterstatistik, für welche dem Reichstag soeben

das Regulatorium mit dem Eruchen, sechs Mitglieder der Kommission zu wählen, zugestimmt ist, eine nicht unwichtige neue Einrichtung in unseren sozialpolitischen Organisationen. Sie ist aus einer von dem nationalliberalen Abgeordneten Siegle gegebenen Anregung hervorgegangen, welcher bereits im Mai 1890 im Reichstag den Antrag stellte, statistische Aufnahmen über die Lage der arbeitenden Klassen, insbesondere über Arbeitszeit, die Lohnverhältnisse und Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter in den verschiedenen Berufsgruppen vornehmen zu lassen. Der Antrag kam am 20. Januar d. J. zur Verhandlung und wurde einstimmig angenommen. Schon bei dieser Gelegenheit deutete Staatssekretär von Bötticher die bevorstehende Errichtung der jetzt vorgeschlagenen Kommission an. „Die Einsetzung einer solchen“, bemerkt die „Nat.-Lib. Corr.“, „zur Hälfte aus Reichstagsabgeordneten bestehenden ständigen Kommission war bisher noch zu keinem andern Zwecke erfolgt, man wird aber zu denken nur als glücklich und erfolgversprechend begrüßt werden. Fünf Mitglieder werden außerdem vom Bundesrat gewählt, der Vorsitzende und ein Mitglied (aus dem Statistischen Amt) vom Reichskanzler ernannt.“

Ans den über die Einnahmen des Reichs an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern in den ersten Monaten des laufenden Etatsjahres veröffentlichten amtlichen Zahlen läßt sich mit ziemlicher Sicherheit der vom Reich an die Einzelstaaten für das Etatsjahr 1891/92 zur Auszahlung kommende Ueberweisungsbetrag berechnen. Derselbe setzt sich bekanntlich aus dem über 130 Millionen betragenden Ergebnis der Zölle und Verbrauchssteuern, aus der Brantweinverbrauchsabgabe und dem Stempelabgaben zusammen. Nehmen wir an, daß der in der Einnahmehausweisung noch ausstehende zwölfte Monat dem Durchschnitt der elf ersten Monate entspricht, so würde bei den Zöllen auf eine Jahreseinnahme von 379,2 Millionen, bei der Tabaksteuer auf 12 Millionen, bei der Brantweinverbrauchsabgabe auf 100,8 Millionen und bei der Stempelabgabe auf 23,9 Millionen zu rechnen sein. Den Etatsplan würden dabei die Zölle mit 64,6 und die Tabaksteuer mit 1,5 Millionen übersteigen, während die Brantweinverbrauchsabgabe hinter demselben mit 9,3, die Stempelabgaben mit 2,1 Millionen zurückbleiben würden. Einem Plus von 66,1 Millionen würde ein Minus von 11,4 Millionen gegenüberstehen, es würde sich also bei der Ueberweisung in Betracht kommenden Einnahmen ein Ueberfluß von 54,7 Millionen ergeben. Bei der Einbringung des Reichshaushalts für 1892/92 schätzte der Staatssekretär des Reichskanzlers den betreffenden Ueberfluß für 1891/92 auf 39,3 Millionen, indem er einem voraussichtlichen Plus von 43,5 Millionen bei den Zöllen und der Tabaksteuer, ein solches Minus von 7,5 Millionen bei der Brantweinverbrauchsabgabe und von 1,7 Millionen bei den Stempelabgaben gegenüberstellte. Die Materialumlagen, welche die Bundesstaaten für das Jahr 1891/92 aufzubringen haben, stellen sich mit den aus den beiden Nachtragsstats als ergebenden Summen auf 326,7 Millionen Mark. Die voraussichtlichen Ueberweisungsbeträge belaufen sich nach den oben angeführten Zahlen auf 385,9 Millionen. Die Einzelstaaten werden also höchst wahrscheinlich vom Reich rund 59 Millionen mehr herausbekommen als sie an dasselbe für 1891/92 an Materialumlagen zahlten. In dem Etatsantrag war dieses Ueberweisungsbetrag auf 4,5 Millionen angenommen, es dürfte sich um die oben erwähnten 54,7 Millionen vergrößern.

Gestern früh 9½ Uhr wurde die Hauptversammlung der deutschen Kolonialgesellschaft im „Kaiserhof“ durch den stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Hammacher eröffnet. Zunächst wurde die Statutenmäßige Vorlesung der Wahl von 50 Vorstandsmitgliedern durch die Delegierten der Abteilungen vorgenommen. Dr. Hammacher begrüßte darauf die anwesenden Mitglieder und gab dem Bedauern Ausdruck, daß der Präsident Fürst Hohenlohe-Langenburg verhindert sei, an der Versammlung theilzunehmen. Es wurde eine Depesche an denselben beschossen und sofort abgeleitet. Dr. Hammacher gab darauf einen kurzen Ueberblick über den Stand der kolonialen Entwicklung in den verschiedenen deutschen Schutzgebieten und über die der Kolonialgesellschaft zunächst bevorstehenden weiteren Aufgaben, besonders auch über das Projekt einer Siedlungsgesellschaft in Südwest-Afrika. Er gedachte dankend der segensreichen Wirksamkeit der Antislaver-Gesellschaft, der in Afrika thätigen Frauenvereine und der Kolonialabteilung des auswärtigen Amtes. Der Generalsekretär Dr. Bofmeyer erläuterte darauf den gedruckten vorliegenden Jahresbericht. Die Mitgliederzahl ist im verflossenen Jahre von 16,996 auf 17,709, die Zahl der Abteilungen von 186 auf 243 gestiegen. Der beträchtliche Ueberfluß des Rechnungsjahres von etwa 30,000 Mark ist für verschiedene koloniale Zwecke zum Voranschlag für 1892 verwendet worden. Aus der weiteren Tätigkeit der Gesellschaft ist noch hervorzuheben, daß dieselbe auch im letzten Jahre wieder eine Anzahl werthvoller Kartensammlungen und großer Wandkarten der Schutzgebiete hat herstellen lassen. Die Einnahme und Ausgabe schließt mit 11,643,38 Mark auf beiden Seiten, der Voranschlag für 1892 beträgt 109,940 Mark, wonach für eigentliche koloniale Zwecke 34,890 Mark übrig bleiben würden. Die Ausgaben für die „Kolonialzeitung“ sind auf 20,000 Mark, die Kosten für das Bureau und die Geträger, Porto u. f. w. auf etwa 35,000 Mark festgesetzt. Für die Bibliothek sind 3000 Mark für Vorträge und Agitation 1000 Mark ausgeworfen. Nach einer längeren Debatte, in welcher verschiedene Wünsche zum Ausdruck gelangten, wurde der Jahresbericht aufgegeben und fünf Resolutionen gewählt. Es folgte der Vortrag des Professor von Philippovich über „Auswanderung“. An der Debatte über diesen interessanten Vortrag, in welchem der Redner im Wesentlichen seine gestern mitgetheilten Resolutionen näher ausführte und begründete, theilnahmen sich die Herren Dr. Jannasch, Kadenzky, Adolf Wagner u. a. Die Resolutionen wurden von der Versammlung mit einem vom Abg. Hammacher beantragten Zusatz einstimmig angenommen. Der letztere lautet: „Die Kolonialgesellschaft drückt den lebhaften Wunsch aus, daß der dem Bundesrathe vorgelegte Gesetzentwurf, betreffend das Auswanderungswesen, baldigst der Öffentlichkeit übergeben wird, um rechtzeitig die Urtheile weiterer sachkundiger Personen herbeizuführen.“ Professor Haffje verzichtete wegen der vorgeordneten

Zeit auf sein Referat (Aufgabe der Kolonialgesellschaft gegenüber unseren Kolonien in Afrika). Dr. Bofmeyer berichtete über die Freiheit der Schifffahrt auf den afrikanischen Strömen. Es wurde eine Resolution angenommen, wonach die Versammlung im Interesse der Zivilisation Afrikas, speziell der friedlichen und raschen Erschließung des Innern für Kultur und Handel, für notwendig erachtet, daß die Schifffahrtsfreiheit auf den großen afrikanischen Strömen voll und dauernd gesichert werde und das Präsidium erlucht, diesem Gedanken bei dem Reichskanzler und in der Öffentlichkeit in zweckdienlicher Weise Geltung zu verschaffen. Die nächste Hauptversammlung findet in Frankfurt a. M. statt. Unter einigen Schlussansprüchen wurde die Versammlung beendet.

Wiesbaden, 24. März. Der Kommunalantrag wurde heute in Stellvertretung des Oberpräsidenten durch den Regierungspräsidenten v. Trepper-Rast mit einer Ansprache geschlossen, worin dieser betonte, daß sich das von der Staatsregierung an das Fortbestehenlassen der Kommunalanträge der Provinz Hessen-Nassau als selbstständigen Verwaltungskörper geknüpft Vertrauen voll gerechtfertigt habe. Der Antrag, dessen sechsjährige Amtszeit jetzt zu Ende ist, gab seiner Befriedigung über die vortrefflichen Ergebnisse auf allen Gebieten der Selbstverwaltung des Bezirksverbandes dadurch Ausdruck, daß er die Jahresgebühren des Landesdirektors und des Landesbankdirektors von je 10,000 auf 12,000 Mark erhöhte. Von den Bewilligungen des Stats für Nebenbahnen erwähnen wir 45,000 Mark für Weilburg-Weilmünster, 25,000 für Homburg-Weilburg und 15,000 für Dillenburg-Strasbergbach.

Sachsen, 25. März. Es ist eine Zeit lang viel von Auflösung des Kartells in Sachsen die Rede gewesen. Im Grunde handelt es sich dabei nur um persönliche Verhältnisse wegen gewisser Förmlichkeiten. Die beiden in Frage kommenden Parteien selbst sind von der Nothwendigkeit des Zusammenhaltens gegenüber der Sozialdemokratie fester als je überzeugt. Die beiderseitigen Parteimitglieder, welche die dem 22. sächsischen Reichstagswahlkreis Angehörigen nationalliberalen und konservativen Landtagsabgeordneten Georgi, Ditz, v. Polenz, Speck und v. Trübschitz haben. In jenem Wahlkreise hatten bekanntlich die Sozialisten den geringsten Ordnungsparteien den Sieg zu entreißen gesucht, dadurch aber nur den Sozialdemokraten in die Hände gearbeitet. Die genannten Abgeordneten erklären nun, daß der von nationalliberalen und konservativen Parteien am 22. Kreise aufgestellte Kandidat ohne weiteres von beiden Seiten mit vollem Eintrage aller Kräfte unterstützt worden sei, daß die nationalliberalen und konservative Partei des Kreises sich von der Schuld der Spaltung völlig frei wissen und daß sie von der Ueberzeugung der Nothwendigkeit des Zusammenhaltens auch für die Zukunft tief durchdrungen sind.

Oesterreich-Ungarn.

Der offiziöse Korrespondent des „Besten Lloyds“ berichtet seinem Blatte über den Abschluß, den die Ministertrifft in Preußen gefunden und über den Ausgang, den sie genommen, was folgt:

Die Rede des Kaisers vom 24. Februar über die „Mörger“ war vom größten Theil der Presse sehr erregt beurtheilt worden. Man konnte sich nicht über den Tagesfall erheben, der wegen des Volksschulgesetzes entbrannt war, daß die Abreise der kaiserlichen Majestät in der Opposition gegen dieses Gesetz, rief die verfassungsmäßige Rede- und Pressfreiheit an und betonte die Pflicht jeder charaktervollen Partei, verberblich Regierungsmäßigem kritisch zu bekämpfen. In dem Berliner Kommentar, den der „Beste Lloyd“ dazu brachte und der in den deutschen Presse Beachtung und auch manchen Widerspruch fand, wurde dagegen hervorgehoben, daß der Kaiser das Volksschulgesetz mit seiner Silbe erwähnt und daß sich die Majestät zum Vertrauen in den kaiserlichen Kurs überhaupt nicht auf eine einzelne Tagesfrage, eine bestimmte Partei, sondern auf die trübliche Stimmung des im Ausland nach schärferen Dingen herumspähenden „De Pestimow“, auf die aus Anhängen aller Parteien zusammengelegte Partei der Bestimmung bezog. Die weniger gedächtnisschwachen Organe unter den Blättern, die sich am lebhaftesten gegen die kaiserliche Rede ereifert hatten, erinnern sich ihrer jetzt, und die offeneren unter ihnen bekennen, daß sie sich mit ihrer Beschränkung, nur dem augenblicklichen Tagesfall hinzugeben, unzulänglich geirrt hätten. Mit etwas weniger Leidenschaft und mehr Objektivität hätte man sich den Ausdruck wegwerfender Kritiken englischer Blätter und jene bitteren Versicherungen, die eifrige Staatsanwälte zur Einleitung der inzwischen eingeleiteten Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung veranlaßten, vollständig ersparen können.

Es ist wahrscheinlich, daß der Kaiser nicht erwartet hatte, daß seine nach der geschäftlichen Sitzung des Kronrats gethanen Versicherungen über die Behandlung der Volksaufstände und die Mehrheit, von der er ein solches Gesetz beschloß, so sehr wünschte, das Entlassungsgesetz des Grafen Zedlitz und weiterhin eine Kanzler- und Minister-Präsidenten-Krisis zur Folge haben würden. Wäre die Entfernung der umstrittenen Vorlage aus der politischen Arena bemerkt gewesen, so würde gewiß in der geschäftlichen Sitzung des Kronrats darüber verhandelt worden sein. In denjenigen Kreisen, denen der Wandel der politischen Situation sehr unerwünscht ist, namentlich in einzelnen konservativen Blättern, werden mit äußerster Schärfe, die hinter den Konflikt wirkenden unverantwortlichen Rathgeber“ angefaßt, deren Einführungen es gelungen sei, den Kaiser „umzuwenden“. Sie werden beschuldigt, ihm Fabeln zugetragen zu haben, wie die, daß sich in der konservativen Partei eine wachsende Abneigung gegen das Gesetz zeige. Die liberale Presse hält allerdings auch daran fest, daß einem erheblichen Theil der konservativen Fraktion allmählich vor dem wachsenden Unmut ganz geworden sei. Nach wiederholten Unterredungen mit Abgeordneten vom linken wie vom rechten Flügel der Fraktion kann ich nur versichern, daß voraussichtlich die ganze Fraktion mit geringen Ausnahmen mit dem Grafen Zedlitz bis ans Ende gegangen wäre. Die konservativen Anhänger des Reichstags-Abgeordneten v. Hellhoff sind im Abgeordnetenhaus sehr dünn gesät. Es bedurfte aber gar nicht dieser Fiktion, und sie brauchte in den Er-

wägungen des Kaisers, die sich hauptsächlich auf den entschiedenen Widerstand der durch die Mittelparteien und die freisinnigen vertretenen protestantischen Kreise bezogen, keine Rolle zu spielen.

Was nun den häufigen, mehr oder weniger zwanglosen Verkehr mit Personen in nicht verantwortlichen Stellungen betrifft, so hat er wie jedes Ding zwei Seiten. Es wäre eine unnatürliche Forderung, wollte man von dem jugendlichen, von lebhaftem Wissens- und Schaffensdrange befeuerten Herrscher erwarten, daß er sich in die streng gemessenen Formen Kaiser Wilhelms I. und dessen absolute Korrektheit in dem Verkehr mit den Ministern und in der Abmessung aller Kompetenzen fügen sollte. Die häufige Verührung mit unverantwortlichen Personen, mit denen sich der Kaiser über politische Stimmungen und Eindrücke unterhält, könnte gewiß bei einem Herrscher von geringerer geistiger Selbstständigkeit, als sie mit vollem Recht Kaiser Wilhelm II. nachgerühmt wird, bedenkliche Wirkungen hervorbringen. In ihrem begreiflichen Mangel sollten doch die Kreise, die über „Obrenbläse“ klagen, nicht vergessen, daß der gesellschaftliche Verkehr des Kaisers während der letzten Wochen keineswegs auf Mittelparteiler und „sogenannte“ konservative beschränkt gewesen ist, sondern daß zu ihm manche Persönlichkeit zugezogen war, die aus ihrer dem nunmehr vorliegenden Umfassung entgegengesetzten Ueberzeugung kein Hehl gemacht hat. Immerhin werden die Minister nicht nur formell und nicht nur dem Range, sondern auch dem Wesen und der Zeit nach die ersten Rathgeber der Krone bleiben müssen. An ihnen selbst aber wird es auch mit liegen, daß selbst der Schein nicht aufkommen darf, als gingen die Eingebungen irgend einer Art von Kamarilla ihren Rathschlägen vor.

Wien, 26. März. Die mehrfach verbreiteten Gerüchte vom Austritt des deutschen Bundesamministers Grafen Kallenberg aus dem Kabinett Trappe werden von unrichtiger Seite entschieden bestritten. Diese Gerüchte scheinen lediglich der Ausdruck der tiefen Verstimmlung zu sein, welche in deutschen Kreisen über das Scheitern des böhmischen Ausgleichs herrscht. Die deutsche Parteileitung wird in den nächsten Tagen wegen der künftig einzunehmenden Haltung Beschlüsse fassen.

Wag, 26. März. Im Landtag rief der Führer der Jungeschen Herold einen ungeheuren Standa hervor. Bei der Begründung seines Antrages wegen Regelung der Rechtsverhältnisse der Lehrer besprach Herold das Verbot der Gemeindefeier durch den Unterrichtsminister und sagte: „An der Spitze der Unterrichtsverwaltung steht ein Mann, der es gewagt hat, das Andenken des größten Pädagogen der Welt zu verunglimpfen. (Rufe aus den Reihen der Jungeschen: „Schwach ihm!“) Diese kleinlichen Epigonen bestreiten in zweifelhafter Verwegenheit die Ehre von Männern, welche die ganze Welt hochhält. (Beifallsturm der Jungeschen.) Anders würde ein solcher Minister nicht 24 Stunden im Amte bleiben. Nur in Oesterreich, wo die Wiege des Comenius stand, ist es möglich, daß ein solcher Paroneil sich gegen Comenius ungehört erhebt.“ (Beifallsturm im Saale und auf der Gallerie.) Der Oberlandmarschall: „Der Redner gebraucht vom Minister den Ausdruck Paroneil.“ (Rufe der Jungeschen: „Der gebührt ihm auch!“ „Gaulisch ist nichts anderes.“) Oberlandmarschall: „Ich erkläre, daß ich den Ausdruck nicht für anständig halte.“ Jungesche Graf Rannitz: „Dieser Ausdruck ist noch zu gut für den Minister Gaulisch.“ (Anhaltende Bewegung.)

Best, 26. März. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. In Erwiderung auf die Interpellation über die Vereinsthaler wies der Finanzminister Welter auf das bekannte Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Deutschland hin und erklärte, es sei ausgesprochen, daß bei Einziehung von Silbermünzen ungünstiger Prägung gelegentlich der Valutaregulierung auch die österreichischen übernommenen Vereinsthaler bei Vertheilung der Lasten in Betracht kommen werden. Er werde über die Angelegenheit bei der Verabreichung des Finanzbudgets dem Reichstage Bericht erstatten. Die Antwort des Finanzministers wurde zur Kenntnis genommen.

Belgien.

Die belgische Justizverwaltung ist in rühmlichster Weise seit langer Zeit bemüht, Verbesserungen in der Strafprozeßpflege einzuführen und so manche Neuerungen haben anderen Staaten als Vorbild gedient. Auch die Todesstrafe ist in Belgien abgeschafft. Dies scheint den Ultramontanen nicht recht zu sein, denn wie folgende Meldung zeigt, unternehmen sie heute einen Vorstoß:

Brüssel, 26. März. In der heutigen Senatsitzung forderte namens der Liberalen Senatoren Lamens die Wiedereinführung der Todesstrafe. Der Justizminister wies diesen Antrag als ungehörig zurück, zumal ein entscheidender Nachweis fehle, daß ihre Abschaffung die Verbrechen vermehrt habe.

Frankreich.

Paris, 25. März. Das Neueste, was man jetzt über den Anarchisten Ravaudol, den vermeintlichen Urheber der letzten Dynamit-Attentate, verbreitet, ist, daß sein Vater ein Prüßler war und Königinie hieß. Ravaudol, ein natürliches Kind, trug darnach den Namen seiner Mutter. Noch als Knabe kam er als Saint-Chamond mit seinen Eltern nach Saint-Denis und trat bei einem Fürber in die Lehre, war aber bei seinem Meister weniger fleißig, als in den Anarchisten-Versammlungen, wo der junge Mann durch seine Heftigkeit bald eine leitende Rolle spielte. Vor einigen Jahren war er thätiges Mitglied einer Bande von Falschmünzern und Dieben, die es darauf abgesehen hatten, um Saint-Denis die Landhäuser zu plündern. Am 18. Juni d. J. war er es, der den Eisenberg Brumel in seiner Kasse bei Chambles, einen Greis, auf seinem Lager erlegte und sich dann einer Summe von etwa 40,000 Franken bemächtigte, welche Brumel seit vierzig Jahren fönneisei zusammengebeutelt und in seine Quisidor und blanke Fünfrantelstücke umgewandelt hatte. Aber auch viel Kupfer war dabei und alle die Münzen auf einmal fortzunehmen, war daher nicht möglich. So schleppte er den Schatz nachlicherweise in einen nahen Wald und holte ihn dann in verschiedenen Mänteln von seiner Maitresse begleitet, mit einem Fußwurf ab. Der Nord Brumel's war mittlerweile rüchbar geworden und da schwere Verdrachgründe auf Ravaudol lasteten, wurde er in der Nacht

